

Bezugspreis:
Hauptstadt, 30.- M., monatlich 10.- M.
...
Telegraphen-Adresse:
Sozialdemokratisches Partei

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 24. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Verbot der Freikorpswerbung.

Der Reichspräsident hat unter dem Datum vom 24. Mai 1921 folgende Verordnung über das Verbot militärischer Verbände erlassen:

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reichs verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes:

§ 1. Wer es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer Art zusammenzuschließen oder wer an solchen Verbänden teilnimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 100000 Mark oder mit Gefängnis bestraft.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 24. Mai 1921.

Der Reichspräsident, gen. Ebert. Der Reichskanzler, gen. Dr. Wirth. Der Reichsminister des Innern, gen. Dr. Seubert.

Nach einem amlich durch WTB. gegebenen Kommentar ist auf Grund dieser Verordnung auch strafbar, wer Geldunterstützung für solche Unternehmungen hergibt, ebenso ist strafbar die Werbung und die Aufnahme von Werbeinseraten in der Presse. Die Verordnung bezieht sich auf das ganze Reich mit Ausnahme des Abstimmungsgebietes selbst, in dem die Verwaltung den Militärern zugeht, denen auch die Regelung des Selbstschutzes dort unterliegt.

Die deutsche Grenzsperrung durchgeführt.

Berlin, 24. Mai. (WTB.) Polizeiliche Maßnahmen zur Sperrung der ober-schlesischen Grenze sind durchgeführt. Die Grenze ist gesperrt. Das Preussische Ministerium des Innern entsandte neun Hundertschaften Schutzpolizei an die Grenze, welche den Eintritt von Bewaffneten aus Deutschland verhindern und aus Oberschlesien zurückkehrende Bewaffnete entwaffnen soll.

Briand spricht über Oberschlesien.

Paris, 24. Mai. (WTB.) Briand hatte gestern eine Unterredung mit Millerand. Der Ministerrat, der heute, wie üblich, tagen wird, wird sich jedenfalls mit der ober-schlesischen Frage befassen, die in der Kammerdebatte am Nachmittage besprochen werden wird. Nachdem das Thema von mehreren Rednern behandelt sein wird, wird Briand eine Erklärung abgeben, in der er wahrscheinlich die Tragweite des gestern unternommenen Schrittes erläutern wird.

Paris, 24. Mai. (WTB.) Laut „Journal“ werden in der heutigen Kammer Sitzung zwei Interpellationen über die Lage in Oberschlesien eingebracht werden, die eine von der sozialistischen Kammerfraktion, die andere von nationaler Bloch. Die Abgeordneten Gall und Peyrou hätten die Absicht ausgesprochen, die Regierung aufzufordern, unverzüglich die angekündigten Sanktionen in Anwendung zu bringen, wenn die Deutschen die Ordnung — „Journal“ schreibt wörtlich — in Polen stören würden.

Die heutige Kammer Sitzung in Paris wird von größter Bedeutung sein. Die unentwegten Ruhr-Annerkennungisten, denen am 12. Mai die Beute entgangen ist, sehen in dem Einbringen deutscher Freischärler nach Oberschlesien eine von Gott geschenkte Gelegenheit, das Verfallene nachzuholen. Sie verlangen von Briand, daß er den Kriegsfall proklamieren und marschieren lassen soll, sie drohen, ihn noch heute zu stürzen, wenn er es nicht tut.

Die deutsche Regierung hat die Grenze gegen Oberschlesien, so gut wie es geht, gesperrt. Sie dafür verantwortlich zu machen, daß die Sperrung nicht ganz gelang, ist ein Unrecht. Die Interalliierte Kommission stützt sich auf die stärksten Mächte der Welt; Geld, Menschen, Waffen stehen ihr unbegrenzt zur Verfügung. Und doch kam in Oberschlesien manches anders als sie wollte. Unter diesen Umständen der deutschen Regierung und dem ganzen deutschen Volk einen Vorwurf daraus zu machen, daß ein paar hundert oder möglicherweise tausend Ortschaften durch die Grenze geschlüpft sind, wäre eine schlimme Heuchelei.

Oberschlesien war ruhig, als sich Korfanti durch die Haltung der polnischen und der französischen Regierung zum Aufstand ermutigt fand. Oberschlesien war in hellem Brand, deutsches Leben und Eigentum war vernichtet oder gefährdet, als sich die deutsche Regierung aus höheren politischen Rücksichten den Entschluß abrang, jede gewaltsame Einwirkung von Deutschland aus zur Abwehr des polnischen Rechtsbruchs zu unterlassen. Will man unter solchen Umständen Deutschland zum Sünden stempel, der Strafe verdient hat, so heißt das, aus schwarz weiß machen und das Recht auf den Kopf stellen. Jeder Mensch in der Welt würde begreifen, daß die

Orgesch auf Reisen.

Vom Hauptbetriebsrat bei der Eb.-Gd. Dresden gehen uns neuerdings Nachrichten über durchfahrende bayerische Orgeschtransporte zu. So passierten am Sonnabend, den 22. Mai, weitere 60 Orgeschleute, die sich als „Freischärler Oberland“ bezeichneten. Transportführer war ein Dr. Schmidt. Der Morgenzug am Sonntag brachte 40 bis 50 Mann von Salzburg, teilweise Studenten, darunter auch 14 Oesterreicher. Entgegen den ersten Transporten fuhr diese auf Massenfahrt ein. Jedoch sind auch bereits zweimal in entgegengesetzter Richtung etwa 20 Mann Rückkehrer passiert, deren Aussagen ergeben, daß das ganze Unternehmen ebenso dumme wie kopflos angezettelt ist. Es waren meist Arbeitslose, die man mit ungeheuren Versprechungen angelockt hat. (Einmalige Zahlung von 250 M., tägliche Löhnung von 50 M.) Tatsächlich haben sie nichts erhalten, auch keine Naturalverpflegung, sondern man hat ihnen den weisen Rat gegeben, wenn sie Hunger hätten, sollten sie sich das Nötige selbst von den Bauern holen. (Offenbar das wirksamste Mittel, um bei der Bevölkerung Sympathien für Deutschland zu erwecken.) Uebereinstimmend haben die Rückkehrer beider Transporte auch ausgesagt, daß die Bewaffnung sehr mangelhaft war, Gewehre hatten allein die Studenten, und diese führten auch das Kommando in der Weise, daß sie Wunderselbige mit Arrest und Erschießung bedrohten. Einzelne wurden auch in einen Keller eingesperrt. Bei den Bauern werden Pferde und dergleichen requiriert gegen ungültige Requisitionsscheine mit gefälschten Namen, so daß hier schon eine große Erbitterung entstanden ist.

Alles in allem verstärkt sich der Eindruck, daß hier eine Bande sich zusammengesetzt hat, die nur fähig ist, das allergrößte Unheil zu stiften, von deren Treiben aber weder Oberschlesien noch das deutsche Volk den geringsten Nutzen hat. Wie lange noch das deutsche Volk den geringsten Nutzen hat. Die von uns an anderer Stelle veröffentlichte Verordnung des Reichspräsidenten wird hoffentlich dem Unfug ein Ende machen.

Beschuldigung Deutschlands nichts anderes als ein faden-scheiniger Vorwand wäre, um die Ziele des französischen Imperialismus zu verwirklichen.

In Wirklichkeit hat es nur eine Regierung gegeben, die das deutsche Volk zum Eingreifen in Oberschlesien ermutigte, das war die englische Regierung. War diese Ermutigung ein so großes Unrecht, so mögen sich die Franzosen gefälligst an den halten, der es begangen hat. Die deutsche Regierung hat trotzdem nicht ihr Gefühl sprechen lassen, sondern die äußerste völkerrechtliche Korrektheit gewahrt. In der französischen Note an die deutsche Regierung vom 19. Mai wird „der versöhnliche Geist“, von dem sich diese Regierung leiten läßt, ausdrücklich anerkannt. Unter diesen Umständen wäre ein Einbruch ins Ruhrrevier ein weltpolitischer Banditenstreich ohne Gleichen. Darum glauben wir: Frankreich wird trotz aller Nationalistenhebe zu klug sein, den Bogen seiner Gewaltpolitik so zu überspannen, daß er zerbrechen muß!

Neue Noten an Deutschland.

Paris, 24. Mai. (WTB.) Briand hatte einer Haas-meldung zufolge im Auswärtigen Amt eine Besprechung mit dem deutschen Botschafter Dr. Mayer, in der, wie Haas erklärt, Briand Dr. Mayer ersucht haben soll, die deutsche Regierung aufzufordern, auf jeden Versuch eines Angriffs in Oberschlesien zu verzichten, wenn sie sich nicht Vergeltungsmaßnahmen von Seiten der Alliierten aussetzen wolle. Die Agence Haas glaubt zu wissen, daß dieser Schritt, um größere Bedeutung und größeres Gewicht zu haben, von einem ähnlichen Schritt in London bei dem deutschen Botschafter Sthamer unterstützt worden ist.

Paris, 24. Mai. (EE.) Der gestrige Empfang des deutschen Botschafters Dr. Mayer bei Briand dauerte 20 Minuten. Briand übergab dem Botschafter eine Note, die darlegt, daß die Offensiv der deutschen Truppen zwar aufgehoben worden sei und daß Frankreich nun die Hoffnung habe, daß sie nicht wieder aufgenommen werde. Sollte aber der gegenteilige Fall eintreten, so würde die deutsche Regierung die Verantwortung dafür zu tragen haben, wenn die Alliierten gemeinsam jene Zwangsmaßnahmen ergreifen würden, die sie für notwendig erachten.

London, 24. Mai. (EE.) Lord Curzon berief gestern den deutschen Botschafter Dr. Sthamer zu sich und überreichte ihm eine Note.

Haas bemerkt hierzu, daß die englische Regierung nunmehr den französischen Standpunkt in der ober-schlesischen Frage zu teilen begreife und daß sie namenslich weiteren Truppenentsendungen nach Oberschlesien nicht gleichgültig gegenüber bleiben würde.

Die verbotene Flugzeugindustrie.

Von Billy Meyer, Hauptmann a. D.

Das Entente-Ultimatum, das wir unter dem Zwange der Verhältnisse annehmen mußten, trifft besonders hart die deutsche Verkehrsflugzeugindustrie. Sie wird für gänzlich unbestimmte Dauer völlig lahmgelegt. Aber nicht nur das. Schon heute sind Bestimmungen einschneidender Art getroffen für die Zeit, in der die deutsche Flugzeugindustrie wieder arbeiten darf. Sie muß sich dann einer ständigen Kontrolle der Entente unterwerfen und muß als Bauvorschrift diejenige Auslegung annehmen, die unsere Vertragsgegner dem Begriff „Verkehrsflugzeug“ geben werden (im Gegensatz zum „Kriegsflugzeug“, das auch später in Deutschland nicht gebaut werden darf).

Luftverkehr hat nur Zweck, wenn eine große Zeiterparnis damit erzielt wird. Ohne Zwischenlandung müssen auf weite Strecken über Land und Meer große Lasten befördert werden können, sonst kann der Betrieb niemals rationell arbeiten. Technisch gesprochen bedeutet dies, daß die Entwicklung unserer Verkehrsflugzeuge zum großen Teile in Richtung der Erhöhung der Pferdestärken unserer Flugmotoren liegt. Wenn jetzt in Ententekreisen der Gedanke erörtert wird, unsere Verkehrsflugzeuge auf schwache Motoren zu beschränken, so läme dies einer Flügelschneidung gleich, die ein praktisches Verkehrsfliegen unmöglich machen würde. Wir sagen mit dieser Feststellung den Entente-Sachverständigen nichts Neues.

Unbestreitbar darf man mit einem gewissen Rechte behaupten, daß Flugzeuge, die eine große Geschwindigkeit haben und dabei erhebliche Lasten zu schleppen imstande sind, im Kriegsfall — wenigstens für eine kurze Zeit — Verwendung finden könnten. Gewiß. Man kann auch einen Ackerbau im Hindernisrennen laufen lassen und ein Kämpfer vor den Pflug spannen. In beiden Fällen mit gleichem Erfolge.

Ich glaube, mandatsruhig behaupten zu dürfen, es vom sachmännischen Standpunkte aus gesehen, unmöglich sein wird, einen Begriff festzulegen, der ein Flugzeug definiert, das zwar im internationalen Luftverkehr mit Erfolg verwendet, das aber für den Krieg unmöglich gebraucht werden kann.

Bei der Luftschifffahrt liegen die Dinge ähnlich wie bei der Seeschifffahrt. Auch hier kann schließlich jedes (ungepanzerte) Handelsschiff im Notfall in gewisser Weise eine kriegerische Verwendung finden.

Das auf unbestimmte Dauer erlassene Bauverbot ist hart. Noch härter aber kann uns die Auslegung treffen, die die Entente dem Begriff „Verkehrsflugzeug“ geben wird. Es wird dann interessant sein zu sehen, ob auch die Industrie unserer Vertragsgegner gezwungen werden wird, sich bei dem Bau von Verkehrsflugzeugen an diese Begriffsfestlegung zu halten.

Unsere nächstliegende Aufgabe ist jetzt die: dafür zu sorgen, daß die (angeblichen) Gründe, die zum Bauverbot der Entente führten, beseitigt werden. Bekanntlich behauptet die Entente, es sei noch nicht alles Heeresluftfahrtgerät abgegeben. Jeder einzelne von uns muß jetzt, von seinem Platze aus, die Regierung tatkräftig unterstützen, daß etwa noch versteckt gehaltenes ablieferungspflichtiges Material ans Tageslicht befördert wird. Die Regierung mag die Strafe für die weitere Zurückhaltung verschärfen und vor allem rücksichtslos den Schlebern gegenüber durchzuführen. Auch darf mißverständlicher Patriotismus, der den bisherigen fortgesetzten Bekehrungen unzugänglich geblieben ist, nicht weiter vor strenger Strafe schützen. Es ist ferner zu überlegen, ob man nicht unter dem Zwange der Verhältnisse den Vorschlägen nachgehen soll, die auf eine sehr hohe Ablieferungsprämie und auf eine Anzeigebelohnung hinausgehen. Auf alle Fälle werden wir gut tun, die äußersten Mittel anzuwenden, um das einmal angenommene Ultimatum in loyaler Weise bis zur Grenze des Menschenmöglichen zu erfüllen.

Das zweite, was wir erstreben müssen ist: sofortige Arbeitsgelegenheit für unsere stillgelegten Flugzeugfabriken zu erhalten. Unser Wirtschaftsleben liegt katastrophal danieder. Es ist daher der Industrie, die mit dem Bau von Verkehrsflugzeugen bisher keine Gewinne, sondern nur Verluste gehabt haben dürfte, m. E. völlig unmöglich, einen neuen Artikel auf gut Glück hin anzunehmen. Der Absatz muß gesichert sein. Es kann daher nur die Ausführung fester Aufträge in Frage kommen. Unsere Flugzeugindustrie, die sich nachweislich mit den größten Anstrengungen und Opfern nach dem Kriege aus Verkehrsflugzeugen umgestellt hat, darf berechtigten Anspruch darauf erheben, bei der Ausführung von Wiedergutmachungsaufträgen in weitgehender Weise berücksichtigt zu werden. Sie wäre sehr wohl in der Lage, einen Bruchteil der 25 000 Holzhäuser, über deren Vergebung jetzt mit unseren westlichen Nachbarn verhandelt wird

den soll, in Regie zu bauen. Auch viele andere Dinge könnte sie mit ihren Holz- und Metallbearbeitungsmaschinen herstellen. Bei den amtlichen Stellen liegen Hunderte von Aufträgen aus Frankreich vor. Es gibt kaum einen Gegenstand, der nicht gewünscht wird.

Schon in den nächsten Tagen sollen deutsche Sachverständige mit dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur in Paris persönliche Besprechungen haben. Es wäre verständlich, wenn dazu auch Männer aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Flugzeugindustrie herangezogen würden. Der Verband Deutscher Luftfahrzeugindustrieller und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund würden sicherlich geeignete sachverständige Persönlichkeiten namhaft machen können.

Die in der Flugzeugindustrie beschäftigte (hochqualifizierte) Arbeiterschaft hat, obwohl die Lage infolge der fortgesetzten Entententoten seit langem sehr unsicher war, sich nicht nach einer anderen sicheren Arbeitsstelle beiseiten umgesehen. Sie glaubte, daß unsere Regierung mit der (völlig berechtigten) Abweisung der Entente-Forderungen durchdringen würde. Es ist leider anders gekommen. Unsere Regierung mußte sich der Gewalt beugen. Aber nun hat sie m. E. auch die Verpflichtung, alles zu tun, damit diese Männer nicht über Nacht brotlos und für lange Zeit arbeitslos werden.

Aber noch eine andere Erwägung sollte die deutsche Regierung veranlassen, unserer Flugzeugindustrie Arbeit auf anderem Gebiete zu geben, soweit dies nur irgend möglich ist. Es ist ja immerhin nicht ausgeschlossen, daß die Entente das Bauverbot nach einer gewissen Zeit wieder aufhebt und von einer uns beherrschenden Festlegung des Begriffes „Verschleßzeug“ absieht. Wir dürfen dies (wenn zunächst auch nur schwach) hoffen, weil die verständigen Elemente in der Entente zu erstarren zu beginnen scheinen. Siehe Oberstleuten.

Für den Fall der Wiederaufhebung der jetzigen Einschränkungen durch die Entente ist es von ungemeinem Vorteil, wenn die Unternehmungen und Betriebe bestehen bleiben und die (seit vielen Jahren) eingearbeitete Arbeiterschaft erhalten werden kann.

Die Regierung darf nicht vergessen, daß im Flugzeugbau und Luftverkehr eine ungeahnte Fülle von Entwicklungsmöglichkeiten liegt. Wir können überzeugt sein, daß der Luftverkehr dereinst zu einem so mächtigen wirtschaftlichen Faktor in unserem Leben werden wird, wie es jetzt Eisenbahn und Seeschifffahrt sind.

Deshalb muß die Regierung auch alles tun, um der Flugzeugindustrie über die Zeit der Niederhaltung durch die Entente hinwegzuhelfen.

Das Wiederaufbauministerium.

Wie wir hören, schweben über die Befehung des Wiederaufbauministeriums Verhandlungen mit Dr. Walter Rathenau, die jedoch noch nicht abgeschlossen sind. Dr. Rathenau ist für diesen Posten in Aussicht genommen worden mit Rücksicht auf die großen kommerziellen Transaktionen, mit denen die Wiederaufbauarbeit verbunden ist. Es soll jedoch durch die sonstige Organisation dieses Ministeriums dafür gesorgt werden, daß die Vertretung gewerkschaftlicher Interessen nicht zu kurz kommt.

Regierungsbildung und USP.

In der „Freiheit“ setzt sich Ledebour mit der Antwort von Wels an Crispian auseinander, wobei er aus der Aeußerung von Wels, die Ablehnung einer reinsozialistischen Regierung durch das Zentrum, sei zu erwarten gewesen, folgende Schlussfolgerungen zieht:

Aus diesen Bemerkungen geht ganz klar hervor, daß die sozialdemokratische Fraktion schon, ehe sie an uns herantrat, entschlossen war, mit dem Zentrum allein die Regierung zu bilden, und nur wenn das Zentrum diese Kombination abgelehnt

hätte, war an die Möglichkeit einer Kabinettsbildung mit der USP. gedacht. Das Bündnis mit unserer Partei hätte die SPD. aber obendrein auch wieder von der Genehmigung durch das Zentrum abhängig gemacht. Es hätte nach dem Wels-Briefe ja nur dann abgeschlossen werden dürfen, wenn das Zentrum sich vorher bereit erklärt gehabt hätte, durch die Erfüllung dieser letzteren Voraussetzungen haben die Rechtssozialisten aber selbst von vornherein gar nicht geglaubt. Das geht aus den Worten hervor: „wie zu erwarten war“, hätte das Zentrum diese Frage ablehnend beantwortet.

Der Brief von Wels beträftigt also nur den Eindruck, den wir schon im Laufe der Verhandlungen gewonnen hätten, daß die Rechtssozialisten eine Regierungsbildung mit bürgerlichen Parteien oder, genauer gesagt, mit dem Zentrum allein einer rein sozialistischen Regierung von vornherein vorzogen und sich auf die obendrein unverbindlichen Unterhaltungen über ein rein sozialistisches Kabinett nur deshalb eingelassen haben, um nachher den Arbeitern sagen zu können, sie hätten auch darüber mit uns verhandelt.

Dazu ist zu bemerken: Der sozialdemokratische Fraktionsvorstand hatte auch die Bildung einer reinsozialistischen Regierung für den äußersten Fall ins Auge gefaßt, aber wahrlich nicht aus den Gründen, die Ledebour annimmt. Zu solchen taktischen Kniffligkeiten war keine Zeit. Die Lage war in jenem Augenblick so, daß das Zentrum Bedenken trug, ohne Demokraten in die Regierung zu gehen, während sich hinwiederum die Demokraten an die Rechtschöpfe der Volkspartei klammerten. Die Sozialdemokratie bestand aber darauf, rechtzeitig eine Regierung zur Verhinderung des Franzoseneinmarsches zustande zu bringen, sie war daher genötigt, dem Zentrum die Frage vorzulegen: „Wenn Ihr schon selber nicht in die Regierung gehen wollt, wie stellt Ihr Euch zu einer Regierung aus Sozialdemokraten und Unabhängigen? Würdet Ihr die unterstützen oder nicht?“

Wie zu erwarten war, hat das Zentrum die Unterstützung einer rein sozialistischen Regierung abgelehnt und es schließlich doch vorgezogen, selber mit in die Regierung zu gehen. Das war die günstigere Lösung, da damit eine große bürgerliche Partei für die Annahme des Ultimatum die Mitverantwortung übernommen hat. Ledebour setzt voraus, daß das Zentrum auch nach Bildung einer rein sozialistischen Regierung für die Annahme gestimmt haben würde. Das ist möglich, aber am Tage darauf hätte die reinsozialistische Regierung auf der Nase gelegen, da sie eine geschlossene bürgerliche Mehrheit gegen sich gehabt hätte.

Es bleibt dabei, daß eine „reinsozialistische“ Regierung, die ohne bürgerliche Unterstützung nicht leben kann, eben keine reinsozialistische ist. Statt dem Schein einer reinsozialistischen Regierung nachzugehen, hätten die Unabhängigen besser erklärt, daß sie bereit seien, durch ihre Beteiligung den sozialistischen Einfluß in einer Koalitionsregierung zu stärken. Das bleibt bestehen, wenn Ledebour auch bei seiner bekannten Vorliebe für starke Worte in dieser Behauptung eine neue „Unverfrorenheit des Vorwärts“ erblicken sollte.

Die staatsgefährliche Marschallaise.

Im Seminar zu Mirrow ereignete sich, wie unser Parteiblatt in Mecklenburg-Strelitz, der „Volkswille“, berichtet, ein furchtbares Unglück, das alle zünftigen Lehrer beinahe mit einem Schlage zu Kommunisten, Bolschewisten oder gar zu Republikanern gemacht hätte. Dort ließ ein Lehrer für den französischen Unterricht die „Marschallaise“ lesen und die erste Strophe des Liedes sogar auswendig lernen. Auch teilte er den Seminaristen die Melodie des Liedes mit, damit sie diese zu Hause spielen könnten. Das größte Unglück, das Singen des französischen Nationalliedes in der Klasse, vertrieb er glücklicherweise.

Man kann sich denken, wie dieses unerhörte Verbrechen von den deutschnationalen Kollegen des Lehrers Schuster — so heißt der Unstäter — aufgenommen wurde. Korrektor Biegel (Theologe)

schickte sich voran, dem verdächtigsten Tatbestand der Deffenlichkeit zu unterbreiten. Nun setzte in der mecklenburgischen Rechtsklasse eine wilde Hege gegen den „Französer“ ein, die mehrfach in der Aufforderung an die Schüler des Lehrers gipfelte, sich „so etwas“ nicht gefallen zu lassen, sondern dem „Franzosenfreund“ Tintenfässer und andere Gegenstände an den Kopf zu werfen. Die Folge dieser Hege war, daß vom Mecklenb.-Strelitzischen Ministerium eine Untersuchung dieser Angelegenheit angeordnet wurde, die den oben mitgeteilten Tatbestand feststellte. Der amtliche Bericht lautet weiter:

„Wenn auch festgestellt werden muß, daß die Durchführung und besonders das Auswendiglernen eines Teiles der Marschallaise besser unterblieben wäre — für die Folge wird derartige Verbrechen vermieden werden —, so liegt doch kein Grund für die Mahregulung des Lehrers vor, zumal dieser schließlich nur die Absicht hatte, die Seminaristen mit der Marschallaise und ihrer weitbekannteren Melodie bekannt zu machen.“

Herr Schuster erhielt in den ersten Januar Tagen d. J. folgende beiden Schreiben vom Ministerium:

Reustrelitz, den 30. Dezember 1920.

Ministerium! Ich setze Sie davon in Kenntnis, daß nach Ablauf Ihrer einjährigen Ausbildungszeit auf eine weitere Tätigkeit Ihrerseits am Seminar in Mirrow von Ostern 1921 ab nicht gerechnet wird.

Reustrelitz, den 31. Dezember 1920.

Nachdem die angestellten Ermittlungen ergeben haben (siehe oben), wird Ihnen eröffnet, daß Ihr Verhalten mit der Marschallaise besser ganz unterblieben wäre. In Zukunft haben Sie derartige zu unterlassen.

Es muß als tief bedauerlich bezeichnet werden, daß ein Unterrichtsministerium (24 Jahre nach der Revolution) eine derartige Verbeugung der Reaktion gegenüber ausführt, obwohl gerade das Unterrichtsministerium wissen sollte, daß das Ziel des Sprachunterrichts heute nicht mehr das Auswendiglernen von Vokabeln und Begriffe aus der Grammatik, sondern der Gebrauch der Sprache ist. Außerdem soll der neuprachelehre Unterricht das Verständnis des fremden Volkstums erwecken; einer der besten Vermittler hierfür ist das fremdlandische Volkstum.

Um aber die Unterrichtsabteilung des mecklenburgischen Ministeriums nicht in den Verdacht zu bringen, daß sie Mittel und Ziele des modernen Sprachunterrichts nicht kenne, muß hinzugefügt werden, daß das Lesen und Singen anderer fremder Lieder nicht verboten ist. So wird z. B. das englische God save the King (Gott erhalte den König) in den höheren Mädchenschulen des Landes nach wie vor mit Inbrunst und Ueberzeugung gesungen, und kein Minister denkt daran es zu verbieten. Handelt es sich doch um ein monarchistisches Lied, das in unseren deutschen — nicht nur mecklenburgischen — Reaktionen verwandte Gefühle auslöst, während die Marschallaise als Lied der internationalen Arbeitererschaft in ihren Ohren einen häßlichen Klang annimmt.

Die mißbrauchte „Einheitsfront“.

Aus Oberhausen geht uns ein Flugblatt zu, mit dem gegenwärtig die Arbeiterschaft im Rheinland wie im Ruhrgebiet überschüttet wird. In dem Flugblatt wird gegen die beabsichtigte Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich protestiert und durchaus zutreffend darauf hingewiesen, daß diese Besetzung den Zusammenbruch des gesamten deutschen Wirtschaftslebens und die Vernichtung der deutschen Industrie zur Folge haben würde. Hiergegen wird zur Bildung einer proletarischen Einheitsfront gegen die Besetzung des Ruhrgebietes aufgerufen.

Somit kann man sich mit den Ausführungen des Flugblatts völlig einverstanden erklären. Das Mittel jedoch, das die Voraussetzung dieser „Arbeiter-Einheitsfront“ gegen Frankreich bildet, läßt stark auf andersartige Einflüsse schließen. Als Bedingung der Einheitsfront wird nämlich die Vorbereitung des Generalstreiks vom Rhein bis zur Spitze gefordert und triumphierend wird auf den „Stillstand aller Räder vom Rhein bis zur Spitze“ verwiesen. Es ist noch der bisherigen Haltung der Kommunisten den oberhalbstehenden Dingen gegenüber durchaus möglich, daß sie auch im Rheinland den Generalstreik proklamieren wollen, um den Kampf für die „Räterepublik“ zu eröffnen, und nach der Aufforderung der „Roten Fahne“, gemeinsam mit dem polnischen Proletariat die Waffen zu ergreifen, besteht kaum noch ein Zweifel, daß

Das Weimarer Schloß als Museum.

Aus Weimar wird uns geschrieben:

Seit den Novembertagen 1918 geht in Weimar ein Stillstand her, der, ganz wie einst, die gebelagten Stätten anzusehen kommt, mecht nichts davon. Es ist ein Kampf zwischen ererbtem Besitz und natürlichem Recht, zwischen persönlichem Anspruch und Gemeinheitswillen, zwischen Befehlsbuchstaben und Gesehesgeist. ... Der ehemalige Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach fordert zu Eigentum, was in Weimar (und auf der Wartburg) sich durch ein Zusammenkommen schöpferischer Menschen an Kunst- und Kulturschätzen angeammelt hat; er fordert, obwohl er, was er von den Vätern ererbte, in keinem Sinne zu erwerben verstanden hat. Demgegenüber aber will die Regierung diese Schätze in den Dienst der Allgemeinheit überführen, für die diese Schätze vom Volke der Künstler und Dichter letzten Endes geschaffen worden sind. Der Kampf um diese Dinge wurde leider hinter verschlossenen Türen geführt. Man weiß daher noch nicht, inwieweit es gelang, Kulturgüter, auf deren Genuß das ganze deutsche Volk und darüber hinaus eine Weltgemeinde von geistverbundenen Menschen den höchsten Anspruch hat, vor dem Zugriff privatrechtlicher Interessen zu schützen. Die Auseinandersetzung mit dem Großherzog ist noch nicht vollzogen.

Für heute kann aber vorweggenommen werden, was die verhandelnden Parteien über die künftige Verwendung des einstigen Residenzschlosses in Weimar gutem Vernehmen nach vereinbart haben.

Das Weimarer Schloß gehört zu jenen „Sehenswürdigkeiten“ der Dichterstadt, in denen etwas von dem planenden und bauenden Geiste Goethes enthalten ist. Schon aus diesem Grunde verdient dieses hervorragende Werk klassizistischer Baukunst in die Obhut des neuen Staates überführt zu werden. Es kommt hinzu, daß der Besitzanspruch des gemessenen Großherzogs sich bei diesem Gebäude nicht einmal in strengjuristischem Sinne aufrechterhalten läßt. Es ist im wesentlichen wohl dieser Sachlage zuzuschreiben, daß die Auseinandersetzung zwischen Fürst und Volk eine der Allgemeinheit günstige Wendung genommen hat.

Das Weimarer Schloß soll nach den Plänen des Weimarer Museumsdirektors Dr. Köhler in ein Museum verwandelt werden. Die Einrichtung dieses Schloß-Museums wird auf Grund einer allgemeinen Umgruppierung der Weimarer Kunstsammlungen erfolgen. Das eigentliche Museum in Weimar (am Museumsplatz) soll nur noch eine Sammlung Thüringischer Moterel und Plastik enthalten, in der um den Mittelpunkt der Prellerischen Obsektresken herum hauptsächlich die klassische Landschaft Prellers und seiner Schule, sowie die Werke der naturalistischen Kunst der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in ihren thüringischen Vertretern

bis auf unsere Zeit zu sehen sein werden. In dem Museum am Karlsplatz sollen wie bisher die Buchausstellungen von moderner und modernster Kunst und Kunstgewerbe stattfinden, während draußen im summtigen Schloß Belvedere ein ganz eigenartiges Museum des 18. Jahrhunderts entsteht, mit den Möbeln, der Kleinkunst und den Bildern dieser höchsten Zeit. Im Gegensatz zu diesem Rokoko-Museum wird nun im Stadtschloß im wesentlichen die Kunst des schweren deutschen Klassizismus vorherrschen.

Die Räume mit ihren teilweise sehr wertvollen Schätzen werden im Aussehen und in der Anordnung nur wenig oder gar keine Veränderung erfahren. Das monumentale Treppenhause, der große Weiße Saal, die anschließende Spiegelgalerie mit ihren interessanten russischen Bösen und sonstigen Einrichtungsgegenständen und vor allem die mit Fresken von Preller, Neher und anderen ausgestatteten Dichterräume: dieses alles wird in seinem ursprünglichen Charakter erhalten. Anschließend daran werden sich dem Besucher nun die eigentlichen Museumszimmer austun. Sie sollen u. a. enthalten die herrlichen Cranachs, das Sanjovino-Bildnis des Tintoretto, das gestohlene Selbstbildnis Rembrandts, wenn es wiederauftauchen sollte, ferner die Kartons von Carltons, Zeichnungen und Bilder von Raspor David Friedrich, Kersting, Cornelius, die Aquarelle von Schwind und alle Schätze Weimars an alten Gemälden bis zur klassizistischen Zeit. Außerdem soll im künftigen Schloßmuseum ein Kupferstichkabinett eingerichtet werden. Und endlich wird im Schloß auch der größte Teil der kunstgewerblichen Sammlungen Weimars untergebracht, darunter manches Stück, um das die großstädtischen Sammlungen das kleinere Weimar beneiden. So wird das Weimarer Schloß nicht nur als Kunstmuseum bemerkenswert sein, sondern auch als eine Kulturstätte, die vom Leben des klassischen Weimar um die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts ein vielfaches und farbiges Bild spiegelt.

Das neue Stadelmuseum in Frankfurt a. M. Aus Frankfurt wird uns geschrieben: Nach jahrelanger, durch den Krieg und die Kriegsfolgen erzwungener Verzögerung wurde am Samstag der Ausbau des Stadelmuseums eröffnet, der in großen hellen Sälen die Kunst des 19. Jahrhunderts umfaßt, die „Razorener“, die französischen Impressionisten und ihre deutschen Schüler und alle jene Meister, die in Frankfurt längere oder kürzere Zeit ihren Wohnsitz hatten: Thoma, Trübner, Schilderer und Viktor Müller vor allem, von denen die moderne Galerie einen reichen Schatz besitzt. — Das neue Stadelmuseum ist äußerlich in ähnlichem Stile gehalten wie das 1877 errichtete Hauptgebäude am Rain. Da die Direktion noch vor der allgemeinen Leuerung sich reich mit Rohmaterialien eindecken konnte, war es möglich, auch im Innern lauter gezieltes Material, Leder, Bronze usw. zu verwenden. Infolgedessen machen die Säle einen überaus vornehmen Gesamteindruck.

Durch die reichen Schenkungen, die dem Museum in der letzten Zeit zuteil wurden, ist die Sammlung der französischen Impressionisten derart angewachsen, daß sie jetzt eine der reichhaltigsten Europas geworden ist. Von allen französischen Meistern der Schule

von Barbizon und den Gruppen Monet, Renoir, Eisten usw. sind prachtvolle, kennzeichnende Stücke zu sehen, ebenso von Renoir und Courbet. Die Frankfurter Courbet-Maler Böhle, Altheim und Steinhäuser sind mit ihren besten Werken vertreten. Den Expressionisten wurde ein besonderer Raum gewidmet, in dem die erschütternde „Kreuzabnahme“ Beckmanns als hervorragendstes Werk genannt sei.

Die neueste Tanzverrücktheit. Die überwiegende Mehrzahl der modernen Tänze ist exotischen Ursprungs, und der Schminke insbesondere, der jetzt seinen Einzug in Europa gehalten hat, ist ein echter und rechter Regentanz, der in New York salonfähig wurde. Er stellt an die Kraft und Ausdauer der Tänzer hohe Anforderungen. Die Tanzbewegung besteht in einem fortwährenden seitlichen Schlittern der zuckenden Füße, wobei auch der Tanz seinen Namen hat; denn „Schminke“ ist eine Verballhornung des englischen Wortes „Shivering“, das die zuckenden Bewegungen des Schüttelfrostes bezeichnet. Wenn ein Regentanz eine halbe Stunde lang diesen Tanz getanzt hat, so muß das erschöpfte Paar, das gewissermaßen auf der Stelle Schüttelfrost kriegt, als besiegte erklären und ist so erschöpft, daß es von seinen Freunden nach Hause gebracht werden muß. — Höher geht's wohl nicht!

Professorenstreik in Moskau. Professoren und Lehrkörper der Moskauer Technischen Hochschule sind infolge von Konflikten mit der „Kommunistischen Zelle der Hochschule“ und dem Leiter der technischen Fachbildung in Sowjetrußland, Herstein, in den Ausstand getreten und haben über ihre Beweggründe eine Denkschrift an Lenin, Kollin, Lunatscharski und Rykow gerichtet. In einer vom Sekretäre des Zentralkomitees der russischen KP. gegengezeichneten Antwort erteilt der Volkskommissar für Bildungswesen, Lunatscharski, den Professoren einen strengen Verweis und kündigt ihre Verhaftung und gerichtliche Verfolgung an, falls der Streik nicht sofort aufhöre. Gleichzeitig wird indessen Herstein wegen Unfähigkeit entlassen, ein von ihm für die Technische Hochschule eingesetzter Verwaltungsausschuß wird aufgelöst und die „Kommunistische Zelle“ wird darauf hingewiesen, daß ihre Hauptaufgabe nicht im Kampf gegen den rückständigen Lehrkörper bestehe, sondern in der Werbung für den Kommunismus unter den Studenten.

Schloßpark-Theater Strelitz. Die für Mittwoch angefordigte Vorstellung von Kretschow „Donna Diana“ muß infolge technischer Schwierigkeiten auf Sonnabend, 23. Mal, 7 Uhr verlegt werden. Es sollen außerdem 7 1/2 Uhr „Almon“. Bereits gekaufte Karten können an der Kasse umgetauscht werden.

Im Deutschen Theater beginnen die Vorstellungen von „Botasch und Perimutter“ ab Dienstag, 24. Mal, um 7 1/2 Uhr.

Kunstnachrichten. Dr. Fritz Goldschmidt — Dr. Victor Wallerstein haben ihrer Sammlungen Schöneberger Wer 88a eine moderne Abteilung angegliedert und werden ihre Tätigkeit dem Schaffen der zeitigen nachimpressionistischen Kunst widmen.

Reethovenaal. Sonnabend, 23. Mal, abends 7 1/2 Uhr: Konzert mit dem Orchester des Königl. Hoftheaters. Solisten: Maria Prokofjewna, Holbe Fräulein, Anna Victorina.

Nächste Abendmusik in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche am Donnerstag, 24. Mal, ab. 8 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Die Angestellten der Zigarettenindustrie

waren am Montag zahlreich in den „Sophienböden“ versammelt, um den Bericht über die am letzten Sonnabend stattgehabten Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss entgegenzunehmen und eventuell hierzu einen Beschluß zu fassen. Referenten waren Kasper und Keller. Kasper erklärte, daß es sich diesmal um Abweisung eines Beschlusses gehandelt habe, der den Lohnabbau bezweckte. Redner führte die Argumente an, welche von den Arbeitgebern bzw. ihrem Syndikat für den Lohnabbau vor dem Schlichtungsausschuss geltend gemacht wurden, während die Vertreter der Arbeiterschaft die Notwendigkeit einer Lohn-erhöhung begründeten. Die sonderbare Behauptung, daß eine Verbilligung der Lebensmittelpreise eingetreten sei, habe auch hier wieder herhalten müssen, ferner sei angeführt worden, daß der bestehende Tarif in überstürzter Weise zustande gekommen sei und von den Arbeitgebern brüskant empfunden werde. Diese Argumente wurden von den anwesenden Vertretern der Arbeiterschaft glänzend zurückgewiesen. — Der Spruch lautete dahin, daß die bisherigen Gehaltsätze bis zum 31. Juli verlängert, die geforderten Erhöhungen jedoch abgelehnt werden. Es handle sich nun darum, ob die Verarmung den Schiedspruch annehmen wolle.

Keller ergänzte als Korreferent diese Ausführungen und forderte wie der Redner zu treuer und einigem Zusammenhalten auf. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 23. Mai tagende, vom Afa-Bund einberufene öffentliche Versammlung aller Angestellten der Berliner Zigarettenindustrie erklärt, daß der Schiedspruch sie in keiner Weise befriedigt, weil er den wirtschaftlichen Verhältnissen der Zigarettenindustrie keineswegs Rechnung trägt. Betrogen von der Verantwortung, die eine Störung des Wirtschaftsfriedens im gegenwärtigen Augenblick mit sich bringt, unterwerfen sie sich trotzdem unter Zurückstellung aller sonstigen Bedenken dem Schiedspruch und erwarten, daß der Arbeitgeberverband diese Stellungnahme zu würdigen versteht. Sie erklären, im Ablehnungsfalle durch die Arbeitgeber für den Kampf gerüstet zu sein.“

Der Streik in Niederschlesien.

Breslau, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Zu dem Teilstreik, der im niederschlesischen Kohlenbergbau ausgebrochen ist, berichtet die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes, daß durch diesen Teilstreik eine einheitliche Aktion in Frage gestellt wird. Eine Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute hatte am Sonnabend den vom Schiedsgericht einstimmig gefällten Schiedspruch nach langer Aussprache mit 98 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Spätestens für Donnerstag wurde jedoch eine Urabstimmung der Belegschaften über Ablehnung oder Annahme des Schiedspruches als notwendig erachtet. Nachdem der Oberpräsident, Genosse Zimmer, bereits gestern die Verhandlungen im Waldenburger Gebiet selbst wieder angeknüpft hat, besteht Aussicht, daß der Streik schon heute, spätestens morgen beigelegt wird.

Der Arbeitsnachweis im Filmgewerbe.

Zu dem unter dieser Überschrift in unserer Nr. 221 erschienenen Bericht über die Verarmung der im Filmgewerbe Beschäftigten sendet uns Dr. W. Friedmann auf Grund des § 11 des Preßgesetzes folgende Berichtigung:

Die in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 12. Mai 1921 in Beziehung auf mich behaupteten Tatsachen sind un wahr.

Es ist un wahr, daß „das negative Ergebnis der Bemühungen um die Schaffung eines Arbeitsnachweises für Filmschauspieler auf partieller Grundlage unter Leitung der Stadt Berlin auf mich zurückzuführen sei“. Wahr ist vielmehr, daß die Idee der „Angliederung dieses Arbeitsnachweises, der „Filmbörse“, an die Arbeitsnachweise der Stadt Berlin von mir ausgegangen ist, und daß ich bereits im September 1919 in Verhandlungen darüber mit dem damaligen Dezernenten und Vorsitzenden der „Deputation für Arbeitsnachweis“, Herrn Stadtrat Maas, ferner mit dem Stadtrat Seckelsohn getreten bin, und daß ich die Begründung eines solchen Arbeitsnachweises gerade im Gegenteil stets auf alle Weise gefördert habe, auch daß ich in den verschiedenen, von den Herren Magistratsrat Dr. Wöbbling, Direktor Dr. Graad und Dr. Goldberg geleiteten Sitzungen, die dieser Frage galten, den Standpunkt des „Arbeitgeberverbandes der Deutschen Filmindustrie“ auf Schaffung eines solchen öffentlich-rechtlichen paritätischen Arbeitsnachweises für Filmschauspieler in Angliederung an die Arbeitsnachweise der Stadt Berlin mit aller Entschiedenheit vertreten habe. Die Verhandlungen sind also nicht an mir und am „Arbeitgeberverband“, sondern an den Arbeitnehmern und ihrer Organisation gescheitert, die, wie die amtlichen Protokolle der „Deputation für Arbeit und Gewerbe“ beweisen (auf die ich Bezug nehme), alle Verhandlungen und Abmachungen, die jeweils getroffen worden sind, jeweils widerrufen haben.

Es ist also auch un wahr, daß, „wenn ich allein in den Verhandlungen erschienen war, ein wünschenswerter Fortschritt zur Einigung nicht erzielt werden konnte“. Wahr ist vielmehr, daß die Einigung in allen Punkten stets erzielt, daß das Statut, die Zusammensetzung des Kuratoriums usw. völlig festgelegt, daß das Statut vereinbart war usw., daß aber nachher alle Abmachungen von Seiten der Arbeitnehmerorganisation immer widerrufen worden sind.

Un wahr ist auch die Darstellung über die Besprechung vom 11. April 1921. Diese Besprechung war von der „Erwerbslosenfürsorge“ ohne Benachrichtigung der zuständigen Stelle im Magistrat Berlin als „gänzlich unverbindlich“ einberufen worden, nachdem der „Arbeitgeberverband der Deutschen Filmindustrie“ und ich längst in aller Deffektivität und durch direktes Schreiben vom 4. März 1921 an den Unternehmer der derzeitigen „Filmbörse“ im Café „Colosseum“, d. i. der „Interessengruppe der Hilfsregisseure“, erklärt hatte, daß ein eigener Arbeitgeber-Arbeitsnachweis eröffnet werde, nachdem die seit September 1919 geführten Verhandlungen auf Schaffung eines Arbeitsnachweises unter Leitung der Stadt Berlin gescheitert seien.

Wahr ist endlich auch, daß die „Deputation für Arbeit und Gewerbe“ beim Magistrat Berlin in der Tat am 4. Februar (nicht Mai) 1921 unter Vorsitz des Stadtrats Boeckh einstimmig den Beschluß gefaßt hat, die Verstaatlichung der sogenannten „Filmbörse“ und die hierzu gestellten Anträge des „Zentralverbandes der Film- und Kino-Angehörigen“ abzulehnen.

Es wird uns mitgeteilt, daß in einer heute morgen stattgefundenen neuen Verhandlung der Anschlag der im Konzerthaus „Clou“ bestehenden Filmbörse an die städtischen Arbeitsnachweise beschlossen worden ist.

Achtung Schuhmacher! Unserer Kollegenschaft zur Kenntnisnahme, daß die Schuharbeiter-Bewegung endgültig abgeschlossen ist. Im neuen Tarif ist der Grundlohn für Mohrarbeit bei Herren- und Damenböden je um 3 M. erhöht, der 60prozentige Teuerungszuschlag bleibt bestehen. Bei Reparaturen — außer einigen Grundlohn-Erhöhungen und neuen Positionen — der Teuerungszuschlag von 40 Proz. auf 50 Proz. erhöht.

Durch erneute Verhandlungen mit den Vorständen der Schuhmacherinnungen wurde vereinbart: Mindest-Stundenlohn für Arbeiter in mechanischen Betrieben (unter Fortlassung der bisherigen Akkordarbeit) beträgt 6 M., für Arbeiterinnen 4,50 M., in anderen Betrieben für männliche 5,25 M. und für weibliche 3,75 M. Der neue Tarif trat mit Wirkung ab 9. Mai 1921 in Kraft und jede Akkordarbeit in mechanischen Betrieben ist unzulässig. Sondervereinbarungen, welche unter Tarif getroffen worden, sind gemäß Vertrag rechtlich unwirksam. Von beiden Vertragsschließenden wird beim Reichsarbeitsministerium beantragt, den Tarif für allgemein verbindlich zu erklären.

Wichtig aller Kollegen ist es nunmehr, für die restlose Durchführung des Tarifes einzutreten. Den noch fernstehenden Kollegen rufen wir zu: hinein in den Zentralverband der Schuhmacher!

Die neuen Innungstarife sind ab 26. Mai im Bureau Engel- ufer 14, erhältlich, die Friedrichshägerischen Tarife sind schon jetzt zu haben. Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Berlin.

Deutscher Holzarbeiterverband (Franken der Möbel- und Kabinettmacher). Die Brandenburgerinnung am Rittmoos findet nicht Sophienstr. 10/17, sondern Schul- aule Weinmeisterstr. 14/17 statt.

Zentralverband der Angestellten. Einzelhandel, Papier-, Spiel- und Schreibwaren-Geschäfte: Deffentliche Versammlung, Mittwoch, 7. u. 9. Uhr, Hooerlands Festsaal, Neue Friedrichstr. 55.

Wirtschaft

Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Der Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der auf dem achtzehnten ordentlichen Genossenschaftstag zu Baden-Baden zur Beratung liegt, liegt nunmehr vor. Er beleuchtet eingehend die wirtschaftliche und soziale Bedeutung des Genossenschaftswesens im allgemeinen, wie im besonderen der im Zentralverband zusammengeschlossenen Konsumvereine. Ihr wachsende wirtschaftspolitische Einfluß erhellt schon aus der Tatsache, daß heute die Genossenschaften in den wirtschaftlichen Selbstverwaltungsorganen, besonders in den Außenhandelsstellen und in dem Reichswirtschaftsrat als Vertreter der Verbraucher anerkannt sind und Delegierte gestellt haben. Auf Grund der Statistiken, deren Gesamtübersicht nur bis zum Jahre 1918 reicht, wo die Mitgliederzahl der eingetragenen Konsumgenossenschaften schon 2.653.129 betrug, wird die Zahl der am 1. Januar den deutschen Konsumgenossenschaften angeschlossenen Familien auf über 4 Millionen geschätzt. Das ist eine achtunggebietende Macht, über die heute die organisierte Verbraucherschaft verfügt, eine Macht, die die einzelnen Händlergruppen weit übertrifft und daher schon deshalb das Recht für sich in Anspruch nehmen muß, im Namen der Verbraucher aufzutreten.

Die Zahl der dem Zentralverband angeschlossenen Organisationen hat sich in den achtzehn Jahren seines Bestehens von 685 auf 1320 gesteigert. Die Zahl der diesen Vereinen angeschlossenen Mitglieder ist von 575.449 auf 2.724.704 gemachsen. Der Gesamtumsatz dieser Organisationen betrug im Jahre 1903 176 Millionen und ist bis zum Jahre 1920 auf 4233 Millionen Mark angewachsen. Der Wert der in eigener Produktion hergestellten Waren erfuhr eine Steigerung von 15 Millionen Mark auf 560 Millionen Mark. Das eigene Kapital vermehrte sich von 18 Millionen Mark auf 191 Millionen Mark, das fremde Kapital von 22 Millionen Mark auf 599 Millionen Mark.

Das sind Zahlen, die Zeugnis von einer gesunden Entwicklung ablegen.

Die Zeche „Maximilian“ der Hamm ist trotz der Bemühungen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion stillgelegt worden. Die Interpellation hat aber wenigstens den Erfolg gehabt, daß die betroffenen Bergleute auf anderen Schächten untergebracht werden. Für die wirtschaftliche Lage der Stadt Hamm ist die Stilllegung der Zeche ein harter Schlag.

Die internationale Kohlenproduktion 1920. Ziffern der Kohlenproduktion im vergangenen Jahre liegen aus folgenden Ländern vor: den Vereinigten Staaten, England, Deutschland, Frankreich, Holland, Belgien. Die Kohlenförderung der Vereinigten Staaten hat sich im Vergleich zum Jahre 1913 um 68.700.000 Tonnen erhöht (517 Millionen Tonnen 1913 gegenüber 586 Millionen Tonnen im Jahre 1920). Demgegenüber betrug die Kohlenproduktion der oben erwähnten fünf europäischen Staaten 530 Millionen Tonnen im Jahre 1913 und 426 Millionen Tonnen im Jahre 1920. Es ist also eine Abnahme von 104 Millionen Tonnen zu verzeichnen. Die fehlende Menge wurde nicht nur durch den amerikanischen Import, sondern durch eine erhöhte Verwendung der Wasserkraftsenergie.

Das Vetrokolum abkommen zwischen Frankreich und Polen. Das militärische Bündnis zwischen Frankreich und Polen enthielt wertvolle Dekontingitionen für Frankreichs Dekontingitionen. Die Privilegien, die dem französischen Dekontingenten gewährt worden sind, werden jetzt bekannt. Demzufolge wird das französische Dekontingenten in Polen von der Bezahlung der Verbrauchssteuer und der Zeichnung der demnächst zu emittierenden Zwangsanleihe befreit. Es wird in der zu errichtenden Dekontingenten eine ausschlaggebende Stimme haben. Die inländischen Preise für Dekontingenten müssen so bestimmt werden, daß sie für das investierte französische Kapital rentabel sind. Es ist auch die Verpachtung der größten staatlichen Dekontingenten in Drochobez an französische Kapitalisten ins Auge gefaßt. Diesbezüglich wurde ihnen eine Option gewährt.

Gewinn-Auszug
der
17. Preuß.-Südd. (243. Preuß.) Klassen-Loierrle
a. Klasse. 11. Ziehungsstag. 23. Mai 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Zose gleich Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Zieh. Numbr.	Hauptgewinn
2 zu 10000 M 220715	2000000
8 zu 10000 M 74248 100581 331679	100000
24 zu 5000 M 11423 27719 188063 218827	50000
24 zu 5000 M 2200 2980 13073 17870 23088 27063 35916 43880 45003	25000
45120 57783 67729 79172 83187 91851 84093 96518 96743 107140 113079	12500
118403 117928 133492 148109 153047 164720 166773 180743 170034 172821	6250
180598 180821 180850 180743 190055 194003 207749 205178 214512 217610	3125
222427 222578 223304 228274 229644 230651 233499 234173 237874	1562
172 zu 1000 M 2853 7854 15447 17330 17346 22278 23241 24487 21882	1000
28208 48295 48419 51923 52574 53073 53110 62573 63540 63745 64630	500
65478 65837 68372 69878 74047 77498 78281 81883 82603 84149 85891	250
87519 88731 90318 90291 93028 96367 99535 101497 108450 109587	125
110098 120444 120095 122087 122955 128888 129078 132507 132933 136303	62
137638 139532 139709 141083 142473 144301 144895 154439 156539 167078	31
160717 167809 172147 174929 181907 184099 184928 188207 187003 188118	15
188595 190045 192081 194809 198100 198820 198972 204307 207054 212916	7
224479 230180 235228 235994 237959	3
250 zu 500 M 1872 1974 2648 2940 3415 5803 4041 8327 8793	250
8472 13689 17761 21291 23718 25573 29224 29231 30736 31549 33348	125
34944 36225 35873 41884 44378 49321 45474 45815 49300 51904 52840	62
52722 54030 54831 57899 59071 62307 62308 62378 63222 64299 64843	31
67102 67372 68307 71978 74307 73824 80497 80771 81882 84048 85393	15
85473 85748 86184 87424 91869 93799 93959 95071 98214 99241 99787	7
99785 100465 100503 111091 117070 124414 125300 131134 138003 142370	3
145304 150243 160973 161891 162044 183389 183827 184487 186249 186198	1
187548 178119 174032 174957 175389 176780 176839 177425 177633 177605	0,5
180338 181032 181176 186059 192148 194047 194948 195979 198280 198208	0,25
199522 199848 202369 204429 204870 206048 206604 208381 208992 218992	0,125
221014 221848 222029 222810 223098 228120 232239 233998 234301 235913	0,0625
237667	0,03125

Im der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 Mark gezogen.

Nutzeisen
Stabeisen, Bloche, T-Träger, U-Eisen, Rohre, Kessel, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußlatzen usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben
Nutzeisenabteilung, Bln.-Neukölln
Weserstr. 35/36 — Tel. Neuk. 4170
COHN & BORCHARDT
Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 47/48
Telegr.-Adresse „Ercobor“, Tel. Lichtenbg. 646/647

Die elegantesten
Damenhüte
zu den billigsten Preisen
haben Sie bei uns.
Reichhaltige Auswahl in
Damen-, Mädchen- u. Kinder-
hüten stets am Lager.
Umprägen von Damen- und
Herrenhüten auf die neuesten
Formen in kürzester Zeit bei
Lina Krüger
Neukölln, Siegfriedstr. 25/26
ele-vois dem Hrn. Hermannstr.

Für Kommunen, Gewerkschaften, Arbeitertantinen!
Kondensierte Magermilch
gejodert in Schmalzblechdosen, gerührt.
Handelsmilch, ohne Zucker, zum Preis von
M. 150.- per Kiste (48 Dosen)
liefern
J. F. Assmann & Co., Lebensmittel-Großhandlung
Berlin N 38, Pappel-Allee 22. Eumhardt 4412

Metall-Bettstellen
Kinderwagen, Bett-
federn, Korbmöbel
Fürst, Neukölln
Hermannstraße 38,
Ecke Mahlower Str.
Fabrik f. Ruhebetten, Aufsteige-
matratzen u. Feldbettstellen

Alt-Metalle **Blei** **Metall-**
Zinn **Abfälle**
kauft **Rückstände**
A. Iden & Lange
Charlottenburg, Wallstr. 30
Tel. Wilhelm 30/9

Reise- u. Sportartikel
inferieren Sie mit hervorragendem Erfolge im „Vorwärts“

Monats-Anzüge
Covercoats, Paletots, Raglans
Culaways, Hosens
zu enorm billigen Preisen
Auswahl wie in Friedenszeiten
Verkauf
Keine Lombarware
Leihhaus Brunnenstr. 5 a.Rosen-
thal, Tor
Ankauf und Beilehung jeder Wertsache

Die Anfertigung moderner Korsette, Reform-
Korsette, Kinderleibchen, Büstenhalter usw.
aus eingesandten Stoffen unter Hinzunahme
besten Materials, als auch Reinigung
und Wiederherstellung getragener Korsette
übernimmt bei billigster Berechnung
Korsett-Fabrik Richard Necke
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treckow-Allee 83
2. Geschäft: Berlin-Lichtenberg, Neue Bahnhofstraße 36
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23 Ecke Alte Jakobstraße

Wer! garantiert für guten Sitz und
Verarbeitung!
Großes Stofflager
Max Motel, Schneidernstr., Neukölln,
Ringsbahnstr. 33. Tel. 009.
Viele Anerkennungen und Dankbriefe.

Metall-Bettstellen
Kinderwagen, Ruhe- und Polsterbetten,
sämtliche Reparaturen an Sport- und Kinder-
wagen werden schnellstens ausgeführt
Schäfer, Neukölln, Hermannstraße 33
Bitte Hausnummer beachten!

Monats-Anzüge
Covercoats, Paletots, Raglans
Culaways, Hosens
zu enorm billigen Preisen
Auswahl wie in Friedenszeiten
Verkauf
Keine Lombarware
Leihhaus Brunnenstr. 5 a.Rosen-
thal, Tor
Ankauf und Beilehung jeder Wertsache

Plügeisen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen,
Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen,
Feldschmieden und Ambosse
sowie ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksonstr. 12,
Reception 12072, Ecke Soltendstraße, Reception 12073.

Kinderwagen
Metallbettstellen, Polsterwaren, Steppdecken
zu äußerst billigen Preisen verkauft
Schäfer, Neukölln, Hermannstraße 33,
Laden, 1258z
Vorverkauf dieser Annonce 5 Proz. Rabatt.